

Bildung ist keine Aufgabe des Verfassungsschutzes

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz lehnt jegliche Aktivitäten des Verfassungsschutzes im Bereich der politischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen ab. Die Jugendverbände sprechen sich eindeutig gegen dieses Engagement eines staatlichen Inlandsgeheimdienstes in diesem zivilgesellschaftlichen Bereich aus.

Der Vorstand wird aufgefordert,

- diese Forderung mit Trägern im Feld der politischen Bildung zu diskutieren und sie zur Unterstützung einzuladen.
- das Thema auf allen ihm zur Verfügung stehenden Ebenen anzusprechen (unter anderem auch mit den Verantwortlichen im Ministerium des Innern und des Verfassungsschutzes selbst) und das Engagement des Verfassungsschutzes im Bereich politischer Bildung kritisch zu hinterfragen.
- das Thema mit den Fraktionen des Landtages zu diskutieren und ggf. im Rahmen einer kleinen Anfrage die Aktivitäten des Verfassungsschutzes im Rahmen der politischen Bildung zu erheben.

Begründung:

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz und seine Mitgliedsorganisationen beobachten, dass sich der Verfassungsschutz vermehrt im Feld der politischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen engagiert. So finden unter anderem seit Herbst 2009 die Studientage „Rechtsextremismus im Alltag“ an der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim statt, die von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V. veranstaltet werden.

Bislang wurden rund 30 ganztägige Veranstaltungen durchgeführt, bei denen jeweils zwischen 100 und 120 Schülerinnen eines Jahrgangs teilgenommen haben. Fester Bestandteil der Veranstaltungen ist ein 1,5 stündiges Impulsreferat von Mitarbeitenden des Verfassungsschutzes zum Thema „Rechtsextremismus und Jugend in Rheinland-Pfalz – eine Situationsbeschreibung“.

Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz tritt unter dem Motto „Prävention durch Information“ im Rahmen dieser Veranstaltungen bewusst als neutraler Dienstleister auf, der „Bürgerinnen und Bürgern umfangreiche Informationen zum Thema Rechtsextremismus“¹ zur Verfügung stellen möchte. Unsere Beobachtung ist jedoch, dass unter dem Vorwand, lediglich seiner Informationspflicht nachzukommen, der Verfassungsschutz gezielt auf die politische Bildungsarbeit Einfluss nimmt, indem er Vorträge, Workshops, Filmvorführungen und Ausstellungen zur extremen Rechten aus seiner eigenen Perspektive durchführt. Damit überschreitet er eindeutig seine gesetzlich festgelegten Aufgaben, wie sie im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) geregelt sind: Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz ist ein „geheimer Nachrichtendienst mit Aufgaben zur Wahrung der inneren Sicherheit“...“Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen.“ Wir halten dagegen: Die Verantwortung für politische Bildung liegt – nicht zuletzt aus Gründen eines Selbstverständnisses demokratischer Wertevielfalt - vor allem bei den für pädagogische Bildungsprozesse qualifizierten Organisationen wie Jugendverbänden, Schulen und den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Der politische Bildungsauftrag ergibt sich für die Jugendverbände aus dem Interesse an der Entwicklung und Förderung selbstbestimmter (junger) Menschen. Die Jugendverbände in Rheinland-Pfalz und der Landesjugendring setzen sich daher für eine kritische, unabhängige und pädagogisch qualifizierte politische Bildung als Grundlage einer demokratischen Kultur und Gesellschaft ein. Als staatliche Behörde verfügt der Verfassungsschutz weder über den Auftrag

¹ <http://www.gegen-rechtsextremismus.rlp.de/index.php?id=2903>

noch die pädagogisch-fachliche Kompetenz, an der Erfüllung dieser Aufgaben mitzuwirken. Aufgrund seiner gesellschaftlichen Sonderrolle als staatliches Sicherheitsorgan ist er weder als eigenständiger Bildungsakteur noch als gleichberechtigter zivilgesellschaftlicher Partner zu verstehen. Die zunehmenden Versuche des Verfassungsschutzes „(...) sich als Gleicher unter Gleichen in der Zivilgesellschaft einzubürgern“² müssen aufgezeigt und öffentlich kritisiert werden, da er als staatliche Institution durch seinen gesellschaftlichen Vertrauensvorsprung und seine Omnipräsenz stets über eine Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs verfügt.³

Es ist zu beobachten, dass der Verfassungsschutz zunehmend auch im Rahmen von Veranstaltungen in Schulen aktiv wird. Doch das offensive Vorgehen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit – worunter der Verfassungsschutz auch seine bildungspolitischen Aktivitäten zusammenfasst – muss als Versuch gewertet werden, sein Ansehen auf einem vermeintlich neutralen Nebenschauplatz seines Wirkens reinzuwaschen und strukturelle Problemstellungen zu verwässern.

Als Ziel seiner Veranstaltungen gibt der Verfassungsschutz an, über die eigene Arbeit zu informieren. In der Praxis ist allerdings zu beobachten, dass wesentliche Aussagen dieser Präsentationen auf der demokratietheoretisch als auch wissenschaftlich äußerst frag- und kritikwürdigen Extremismustheorie beruhen, die das demokratische Wertespektrum auf den Kernbereich der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung verkürzt. Als staatliche Institution wird der Verfassungsschutz von vielen Schulen und Kommunen jedoch als seriöse und politisch neutrale Stelle wahrgenommen. Dies verhindert eine mehrdimensionale kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen, politischen Gruppierungen und Akteuren, die aus Sicht der Jugendverbände jedoch dringend nötig ist und daher von staatlich unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen geleistet werden sollte.

Politische Bildungsarbeit, die über reine Wissensvermittlung hinaus eine demokratische und partizipative Kultur stärken will, muss eine gesellschafts- und ideologiekritische Perspektive einbeziehen. Emanzipative Bildungsakteur/-innen machen es sich daher zur zentralen Aufgabe, kritisches Denken zu fördern und demokratische Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Ein solcher Bildungsprozess spricht den mündigen Menschen an, der unabhängig von staatlichen und politischen Interessen agiert. Eine solche Bildungsarbeit muss aber auch (gesellschaftlich) unbequem sein. In Bezug auf demokratiefördernde Bildungsarbeit bedeutet dies zum Beispiel, nicht nur über demokratiefeindliche Erscheinungsformen und Strukturen aufzuklären, sondern demokratiefeindliche Ideologien in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu begreifen und als ein Problem aus der „Mitte der Gesellschaft“ zu thematisieren. Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V., an dem sich auch die Jugendverbände in Rheinland-Pfalz beteiligen und das seit Jahren erfolgreich an Schulen und Jugendeinrichtungen im Rahmen der politischen Bildung tätig ist, folgt diesem pädagogischen und fachlichen Ansatz. Im Gegensatz dazu bearbeitet der Verfassungsschutz aufgrund seiner oben beschriebenen Aufgaben „Rechtsextremismus“ nur als ein gesellschaftliches Randphänomen. Er beobachtet ausschließlich erkennbare Organisationen und Strukturen hinsichtlich ihrer Verfassungsfeindlichkeit und ist zudem abhängig von politischen Vorgaben und den jeweiligen Machtverhältnissen. Eine grundlegend wichtige Perspektive auf Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit und andere autoritäre Einstellungen sowie deren Ursachen wird im Rahmen der Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes daher nicht eingenommen. Gerade die zunehmende Menschenverachtung in der so genannten Mitte der Gesellschaft nimmt die Extremismustheorie nicht in den Blick.

Mit 1 Enthaltung beschlossen durch die 106. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 02.03.2013 in Osthofen.

² Schoch, Friedrich: Entformalisierung staatlichen Handelns, 2005

³ Arbeitskreis Extremismusbegriff: Schulverweis für Andi, 2012